



EU-Kommission begrüßt E.on-Plan zum Netzverkauf

Neues Kapitel im europäischen Stromwettbewerb

Es kommt Bewegung in den Strommarkt. E.on hat angekündigt, sich von seinem Übertragungsnetz und einigen Kraftwerken zu trennen. Konzernchef Wulf Bernotat hat mit seiner Mitteilung an Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes einen Paradigmenwechsel eingeleitet. Vielleicht setzt sich bei den Energieriesen die Erkenntnis durch, dass mehr Wettbewerb neue Chancen bringt und zufriedene Kunden.

Dass der Wettbewerb im europäischen Energiemarkt trotz aller Liberalisierungsvorschriften seit Jahren lahm ist, ist eine Binsenweisheit. Nicht nur Regierungen stellen sich in einigen Mitgliedstaaten schützend vor die Quasimonopolisten. Bei Nachforschungen der EU-Kommission hat sich zudem herausgestellt, dass einige Unternehmen nachweislich ihre Marktmacht zum Nachteil des Wettbewerbs und zum Schaden der Verbraucher missbrauchen. Auch gegen Deutschlands größten Energiekonzern E.on hat Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes zwei Kartellverfahren eingeleitet. Kroes begrüßte die Ankündigung des E.on-Konzerns und bestätigte, sie werde die Verfahren einstellen, wenn die Verkäufe abgeschlossen seien. Drohende Milliardenstrafen haben ganz sicher zum Einlenken des Konzernvorstands beigetragen. Von Erpressung seitens der Kommission, so ein Vorwurf, kann jedenfalls keine Rede sein.

Der Druck auf die Versorger wächst

Die Kartelluntersuchungen seitens der EU sind nicht die einzigen Anstrengungen, die Marktmacht großer Energieanbieter zu brechen. Mit Rückendeckung der Bundesregierung haben die Mitarbeiter des Bundeskartellamts seit einiger Zeit ein scharfes Auge auf die Preiskalkulationen der Netzbetreiber geworfen und teilweise starke Nachlässe bei den Durchleitungsgebühren erzwungen. Auch auf Länderebene wächst der Druck auf die Versorger. Der Netzbetrieb ist längst nicht mehr so lukrativ wie früher, die Rendite nur noch mäßig. Der Vorwurf ist nicht wegzuwischen: Energieerzeuger klammerten sich an ihre Netze, um den Marktzugang von neuen Wettbewerbern unter Kontrolle halten zu können. Insofern handelt die EU-Kartellbehörde ein-

vernehmlich Hand in Hand mit den nationalen Wettbewerbsbehörden. Und das wird auch in Zukunft so bleiben.

Das Interesse potentieller Investoren am Kauf der Leitungsnetze dürfte groß sein. Dies erwarten jedenfalls Marktbeobachter. Dann wird sich auch herausstellen, in welchem Zustand sich die Übertragungsleitungen tatsächlich befinden und wie sie preislich bewertet werden. In der Vergangenheit war immer wieder zu hören, die Betreiber vernachlässigten die Pflege ihrer Überlandleitungen. Bislang will nur E.on die Kehrtwende machen, Vattenfall und auch RWE haben ähnliche Überlegungen angedeutet. Wie auch die übrigen großen Anbieter in Deutschland letztlich reagieren werden, wird sich zeigen müssen. Sicher ist, sie brauchen nun neue Argumente, um rechtfertigen zu können, warum die Trennung von Stromerzeugung, Netz und Handel, das Unbundling, zum Nachteil der Verbraucher sein soll. (ur)



Kommissionspräsident Barroso stellt Androula Vassiliou vor, die neue Kommissarin für Gesundheit aus Zypern. Sie ist die Nachfolgerin von Markos Kyprianou.

AUSSERDEM IN DIESER AUSGABE:

8. März: Frauentag +++ Die EU und der Westbalkan +++ Debatte zum Weißbuch Sport +++ Europäisches Sprachensiegel +++ Service +++ Ausschreibungen

Jungen Leuten mit Problemen helfen

Die gesellschaftliche Mitwirkung benachteiligter Jugendlicher stand in dieser Woche im Mittelpunkt einer Konferenz der EU-Kommission. Es war die erste europäische Veranstaltung, bei der es um die „Beteiligung junger Menschen mit eingeschränkten Möglichkeiten“ geht. Der Begriff umfasst ein breites Spektrum von Personen, unter anderem Wohnungslose, Menschen mit Behinderungen, chronischen Gesundheitsproblemen, Erwerbslose, Schulabbrecher oder Drogenabhängige. Experten diskutierten über neue Fördermöglichkeiten und Faktoren für die Erfolgsmessung. Ján Figel', EU-Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Jugend, sagte: „Europa zahlt drauf, wenn junge Menschen nicht in vollem Umfang ihren Beitrag leisten können.“ Nach Angaben der EU-Kommission leben 19 Prozent der jungen Europäer (unter 30) unterhalb der Armutsgrenze und 15,3 Prozent verlassen die Schule ohne Abschluss. Selbstmord rangiert nach Unfalltod an zweiter Stelle der Todesursachen von Jugendlichen.

→ <http://europa.eu/scadplus/leg/de/cha/c11200.htm>

160 Millionen Euro für den Kampf gegen Hunger

Die EU-Kommission hat 160 Millionen Euro zur Bekämpfung von Hungersnöten als Soforthilfe bereitgestellt. Die Nahrungsmittelhilfe soll rund 18,7 Millionen Menschen in der Subsahara, im Kaukasus und im Nahen Osten zukommen. Der Bedarf steigt. „In vielen der ärmsten Länder der Welt sind die schwächsten Bevölkerungsgruppen in zunehmendem Maße den Folgen von Naturkatastrophen, Konflikten und wirtschaftlichen Zwängen ausgesetzt“, erklärte EU-Entwicklungskommissar Louis Michel. Das Geld soll vor allem helfen, die Situation von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen zu verbessern.

→ http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/index_7645_de.htm

EU verzeichnet steigende Inflationsrate

Die jährliche Inflationsrate im Euroraum ist im Januar 2008 nach Angaben von Eurostat auf 3,2 Prozent gestiegen. Ein Jahr zuvor lag sie bei 1,8 Prozent. Im EU-Durchschnitt aller 27 Mitgliedstaaten erreichte die Inflationsrate 3,4 Prozent. Die niedrigsten Preissteigerungsraten wurden

in den Niederlanden (1,8 Prozent), in Großbritannien (2,2 Prozent), Deutschland und Portugal (je 2,9 Prozent) gemessen, die höchsten in Lettland (15,6 Prozent) und Bulgarien (11,7 Prozent). Zu dem Anstieg trugen nach Angaben von Eurostat im wesentlichen die höheren Ausgaben für Erziehung und Unterricht, die teuren Kraftstoffpreise und die höheren Kosten für Nahrungsmittel bei.

→ <http://ec.europa.eu/eurostat>

EU will Katastrophenschutz ausbauen

Die EU-Kommission will den Katastrophenschutz stärken. Damit zieht sie die Konsequenzen aus den verheerenden Waldbränden vor allem in Griechenland im vergangenen Jahr. Ein Aktionsplan ist für Ende 2008 vorgesehen. Naturkatastrophen großen Ausmaßes wie der Tsunami 2004 im Indischen Ozean, Hochwasser oder Meeresverschmutzung seien oft grenzüberschreitender Natur und erforderten koordinierte Maßnahmen. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso sagte: „Wir können unsere Bürger nur schützen und anderen helfen, wenn wir gemeinsam handeln. Die Union muss ihren Bürgern gegenüber Solidarität beweisen können.“ Die EU sieht sich durch die Erwartungen ihrer Bürger in die Pflicht genommen, die eine gezielte Reaktion auf Bedrohungen im Inneren und auch in andern Teilen der Welt wünschen.

→ http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/index_de.htm

Dringend einrichten: Notrufnummer für vermisste Kinder

Das zweite Europäische Forum für Kinderrechte hat dringend die Einrichtung einer internationalen Notrufnummer (Hotline: 116 000) für vermisste Kinder gefordert. Außerdem wurde der Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und die Kinderarmut in Europa, insbesondere bei der Roma-Bevölkerung, diskutiert. An dem Treffen, zu dem die EU-Kommission aufgerufen hatte, nahmen Vertreter des Europäischen Parlaments, des Europarats, des Ausschusses der Regionen, der Kinderhilfsorganisation UNICEF sowie Ombudsleute aus vielen Mitgliedstaaten teil. Franco Frattini, EU-Kommissar für Justiz, Freiheit und Sicherheit, rief dazu auf, bei der Formulierung politischer Ziele immer die Rechte der Kinder mit einzubeziehen. Das nächste Forum ist für den November 2008 geplant und befasst sich mit dem Thema Adoption.

→ <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/137&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

8. März: Internationaler Frauentag Neue Chancen für Frauen und Mädchen

„Im Vorfeld des Internationalen Frauentags am 8. März haben die EU-Kommission und das Europäische Parlament zu mehreren Veranstaltungen eingeladen, die der Rolle der Frau in Wirtschaft und Gesellschaft gewidmet sind. Es geht unter anderem um Karrieren von Frauen in der Informationstechnik, den interkulturellen Dialog und den Beitrag von Frauen bei der Prävention und Beilegung von Konflikten.

Viviane Reding, EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien, rief für den 6. März zu einer Konferenz mit dem Titel auf „Move out of the Shadow – Seize the Opportunity“. Reding setzt unter anderem auf die Idee des so genannten Mentoring. Junge Frauen sollen erfahrene IKT-Managerinnen an einem normalen Arbeitstag begleiten. Auf diese Weise soll ihr Interesse an einer IT-Karriere geweckt werden.

Am gleichen Tag veranstaltet der Frauenausschuss des Europäischen Parlaments eine Konferenz zum Thema „Die Rolle von Frauen im interkulturellen Dialog“. In einem weiteren Seminar geht es um Gender Mainstreaming in der parlamentarischen Arbeit. Ebenfalls am 6. März treffen sich in Brüssel mehr als 50 weibliche Führungskräfte aus aller Welt. Die Konferenz wird von Benita Ferrero-Waldner, EU-Kommissarin für Außenbeziehungen, veranstaltet. Unter den Teilnehmerinnen sind Ministerinnen, Leiterinnen von internationalen Organisationen und Unternehmerinnen. Das Thema: „Frauen: Stabilität für eine unsichere Welt.“ Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass Frauen bei Konflikten auf lokaler Ebene häufig stabilisierend einwirken. Wie kann dieses Potential auf nationaler und internationaler Ebene genutzt werden? Welchen Beitrag leisten Frauen zur Konfliktbewältigung? Insgesamt müsse die Stimme der Frauen noch stärker gehört werden, heißt es in der Einladung, wenn es um

Themen wie Klimawandel, Armut, Drogenhandel und Terrorismus geht.

- <http://ec.europa.eu/itgirls>
- http://ec.europa.eu/commission_barroso/ferrero-waldner/index_fr.htm

Androula Vassiliou tritt Nachfolge von Markos Kyprianou an

Neue EU-Gesundheitskommissarin wird Androula Vassiliou. Die Zyperin tritt die Nachfolge von Markos Kyprianou an, der Außenminister Zyperns wird. Androula Vassiliou wird sich nach ihrer Ernennung durch den Rat entsprechend der Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission für eine Vorstellung vor dem Parlament bereithalten. Die künftige Gesundheitskommissarin begann ihre berufliche Laufbahn als Anwältin. Von 1996 bis 2001 und von 2001 bis 2006 war sie Abgeordnete des zyprischen Parlaments. Sie nahm unter anderem am Konvent zur Zukunft Europas (2001-2003) teil. Von 2001 bis 2006 fungierte sie als stellvertretende Vorsitzende der Europäischen Liberalen, Demokratischen und Reformpartei (ELDR).

- http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/index_de.htm

ZITAT DER WOCHE

»Die Informationstechnik wird eine wesentliche Rolle dabei spielen, der europäischen Industrie eine grüne Zukunft zu eröffnen, weil sie hilft, Energie effizienter zu nutzen und Schadstoffemissionen zu vermeiden.«

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso bei der Eröffnung der CeBit in Hannover



Foto: Niedersächsische Staatskanzlei



EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso erhält einen „Eurogaloppo“. Der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff überreichte ihm die Plüschfigur, die Kindern die EU erklären soll, am Vorabend der Eröffnung der Computermesse CeBit in Hannover.

- <http://www.eurogaloppo.dede.htm>

Strategiepapier der EU-Kommission

Westlicher Balkan: die Zukunft liegt in der EU

Die EU-Kommission hat den westlichen Balkanstaaten eindeutig eine künftige EU-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt. In einem Strategiepapier kündigte sie eine schrittweise Abschaffung der Visapflicht an. Von „überragender Bedeutung“, heißt es in dem Papier, sei der Ausbau von „Kontakten zwischen Bürgern des Westbalkans und der Europäischen Union.“ Die Vorschläge werden den EU-Mitgliedstaaten auf dem informellen Treffen der EU-Außenminister am 28. und 29. März in Slowenien vorgelegt.

Visa-Erleichterungen gelten bereits seit dem 1. Januar 2008: Die Gebühren wurden von 60 auf 35 Euro gesenkt, Ausnahmen können Studenten oder Rentner in Anspruch nehmen. Geschäftsreisende oder Journalisten kommen leichter an die Reisegenehmigungen.

Die EU-Kommission erhöht außerdem die Zahl der Stipendien, die Studierenden aus den westlichen Balkanstaaten Studienaufenthalte in der EU ermöglichen. Die Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Dialogs wird deutlich verstärkt. Außerdem werden die westlichen Balkanstaaten in eine noch größere Zahl von EU-Programmen und Gemeinschaftsagenturen einbezogen, um die Kontakte und die Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen in Bildung und Wissenschaft zu verbessern.

Aus Mitteln des Instruments für Heranführungshilfe (IPA) erhalten die westlichen Balkanstaaten eine kontinuierliche finanzielle Unterstützung. Die durchschnittliche jährliche IPA-Mittelzuweisung für den westlichen Balkan beläuft sich im Zeitraum 2007 bis 2011 auf rund 800 Millionen Euro. Keine andere Region der Welt erhält, pro Kopf gerechnet, eine ähnlich hohe Unterstützung seitens der Kommission.

Das Jahr 2008 ist entscheidend

Die EU-Kommission bescheinigt den westlichen Balkanstaaten, dass sie sich in den vergangenen beiden Jahren der EU angenähert haben, obgleich sich bei der Erfüllung der Beitrittskriterien „unterschiedliche Fortschritte“ feststellen ließen. Das Strategiepapier verweist unter anderem auf die ausstehende Erfüllung der Kriterien von Kopenhagen (institutionelle Stabilität, funktionierende Marktwirtschaft und die Fähigkeit, die rechtlichen Verpflichtungen einer

EU-Mitgliedschaft zu übernehmen) und nennt als Voraussetzung für die weitere Annäherung die volle Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag.

2008 wird ein entscheidendes Jahr für die Stabilität und Sicherheit der Region. Kurze politische Wegweiser zählen die Bereiche auf, die für die weiteren Schritte auf dem Weg zu einer eventuellen EU-Mitgliedschaft von Belang sind. Albanien zum Beispiel hat unter Beweis zu stellen, dass die kommenden Wahlen internationalen Standards entsprechen. Kroatien ist aufgefordert, in dem Streit mit Slowenien das Umweltabkommen über eine Fischerei-

DIE EU UND DER WESTBALKAN

- 1 Kroatien
- 2 Bosnien und Herzegowina
- 3 Serbien
- 4 Kosovo im Sinne der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats
- 5 Montenegro
- 6 Albanien
- 7 Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien



Schutzzone zu unterzeichnen. Montenegro muss den Kampf gegen Korruption und das organisierte Verbrechen verstärken. Von entscheidender Bedeutung ist die Rolle Serbiens. Die Kommission begrüßt ausdrücklich das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen im Februar 2008, erinnert aber daran, dass die Bedingungen für die Unterzeichnung eines Stabilitäts- und Assoziierungsabkommens (SAA) noch nicht erfüllt sind. Ein SAA gilt als Tor zur EU-Mitgliedschaft. Bisher liegen solche Abkommen nur mit Montenegro und Albanien vor.

Koordination und Zusammenarbeit

Die Waldbrände in Kroatien und Bosnien-Herzegowina im Sommer 2007 zeigten deutlich, woran es noch fehlt: ein gut koordiniertes grenzübergreifendes Handeln war nicht möglich. Die EU-Kommission wird eine Initiative im Bereich Katastrophenvorsorge, -schutz



»Innerhalb der EU besteht der entschlossene Wille, den Völkern der westlichen Balkanstaaten bei ihrer Entscheidung für europäische Wertvorstellungen und Lebensverhältnisse zur Seite zu stehen. Letztlich sind es jedoch die politischen Führer und die Völker der Region, die bestimmen, ob sie den Weg der Reformen wählen, um sich entschlossen einer europäischen Zukunft zuzuwenden, die durch größere Stabilität und mehr Wohlstand geprägt sein wird.«

Olli Rehn, EU-Kommissar für Erweiterung

und -bewältigung auf den Weg bringen und die regionale Zusammenarbeit unterstützen.

Auch in anderen Bereichen wird sich die Zusammenarbeit verstärken: Die EU arbeitet im Regionalen Kooperationsrat mit dem westlichen Balkan zusammen. Eine Energiegemeinschaft existiert seit zwei Jahren. 2007 traten die Westbalkanländer und die Republik Moldau der Zentraleuropäischen Freihandelszone bei (CEFTA = Central European Free Trade Agreement), deren Ziel es ist, industrielle Standards, das Wettbewerbsrecht und die Urheberrechtsgesetze zu harmonisieren. Die EU strebt außerdem die Einbeziehung der Region in einen gemeinsamen europäischen Luftverkehrsraum an.

Appell an die „Aussöhnung unter den Völkern“

Auch der Kosovo hat eindeutig und klar eine Beitrittsperspektive, schreibt die Kommission. Die EU unterstützt den Verwaltungsaufbau mit der bisher größten zivilen Mission der Europäischen Union. EULEX wird mehr als 1.800 internationale Experten umfassen. Den größten Teil wird die polizeiliche Unterstützung mit 1.400 Polizisten ausmachen, darunter knapp 200 deutsche Beamte. Aus dem europäischen Justizbereich kommen 225 Beamte, der Zoll stellt 26 Experten.

Am wichtigsten – so die EU-Kommission – ist die Aussöhnung unter den Völkern. So lange Serben und Kosovo-Albaner, Bosnier und Kroaten, Montenegriner und Slowenen nicht in Frieden miteinander leben, sind weitere Fortschritte in Richtung EU-Mitgliedschaft schwer vorstellbar. Die Region braucht eine Aussöhnung, betont die Kommission. Das liege im Interesse der Europäischen Union und auch Europas als Ganzem. (vth)

→ http://ec.europa.eu/enlargement/balkans_communication/index_en.htm

Weißbuch Sport

Sport als Querschnittsaufgabe

Europa hat die sportpolitische Bühne betreten – mit einem Weißbuch, in dem die EU-Kommission ein umfassendes Bild des Sports als wichtigen sozialen, pädagogischen, wirtschaftlichen, aber auch gesundheitspolitischen Faktors entwirft. Damit soll der Sport auf europäischer Ebene gestärkt werden, ohne am Einfluss der nationalen Sportverbände zu rütteln. Das Weißbuch war Gegenstand eines öffentlichen Podiumsgesprächs in dieser Woche im Europäischen Haus.

Für Peter Danckert, MdB und Vorsitzender des Sportausschusses im Deutschen Bundestag, ist das Weißbuch „eine bestens geeignete Grundlage, um das Thema Sport in einzelnen Ländern Europas zu diskutieren“. Schließlich überschneide sich der Sport mit vielen anderen Bereichen, so dass sich „Querschnittsaufgaben ergeben, was zugleich verdeutlicht, wie breit das Thema Sport insgesamt angelegt ist,“ sagt Danckert.

In der Tat hat der Sport mittlerweile Berührungspunkte zu vielen Bereichen des Zusammenlebens. Die Autoren des Weißbuchs betrachten den Sportsektor sogar als Spiegelbild der Gesellschaft, ausgesetzt neuen Herausforderungen wie „wirtschaftlichen Zwängen, Ausbeutung junger Menschen, Doping, Rassismus, Gewalt, Korruption und Geldwäsche“. Und tatsächlich wird Sport im Weißbuch als Querschnittsaufgabe betrachtet, was sich bereits an den Empfehlungen zur Bekämpfung von Doping zeigt. Die Kommission sieht großen Bedarf bei der Zusammenarbeit in der Strafverfolgung. Der Vorschlag: Zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten, den von der Welt-Doping-Agentur (WADA) akkreditierten Labors und INTERPOL könnten Partnerschaften entwickelt werden, um Informa-

tionen über neue Dopingsubstanzen zügig auszutauschen. Zudem wird geraten, den Handel mit verbotenen leistungssteigernden Mitteln mit denselben strafrechtlichen Verfahren zu ahnden wie dies beim illegalen Drogenhandel bereits geschieht. Dabei soll es jedoch nicht bleiben. Gleichzeitig wird an alle Akteure im Bereich der öffentlichen Gesundheit appelliert, Doping und seinen Folgen mehr Beachtung zu schenken. Sportorganisationen sind dazu aufgefordert, einen Verhaltenskodex zur besseren Aufklärung junger Sportler über Dopingsubstanzen, möglicherweise solche Stoffe enthaltende Arzneimittel und deren gesundheitliche Auswirkungen zu entwickeln.

Ein weiteres Problem: Sport und Gewalt. „Die Gewalt verlagert sich zunehmend von den Stadien nach außerhalb, auch in städtische Gebiete“, heißt es in dem Weißbuch. Um dies künftig zu vermeiden, will die Kommission nicht nur den Dialog zwischen Mitgliedstaaten, internationalen Organisationen (z.B. Europarat), Sportorganisationen, Strafverfolgungsbehörden und anderen Akteuren wie Fanclubs und lokalen Behörden fördern. Sie will außerdem „Möglichkeiten für neue Rechtsinstrumente und sonstige EU-weite Standards zur Verhinderung öffentlicher Ausschreitungen bei Sportveranstaltungen“ prüfen.

Längst ist Sport in Europa zu einem Wirtschaftsfaktor geworden. Zuletzt wurde im Jahr 2006 durch eine Studie (Die makroökonomischen Effekte des Sports in Europa, hrsg. von D. Dimitrov, C. Helmenstein und anderen) belegt, dass Sport „in einem weiteren Sinne einen Mehrwert von 407 Milliarden Euro“ erwirtschaftet. Im Jahr 2004 beschäftigte der Sport 15 Millionen Menschen. Das entsprach 5,4 Prozent der Erwerbsbevölkerung. Für die EU-Kommission ist Sport daher auch bei der Erreichung der Lissabon-Ziele Wachstum und Beschäftigung wichtig.

Nicht zuletzt soll der Sport für mehr soziale Eingliederung, Integration und Chancengleichheit genutzt werden. Im Rahmen ihrer Agenda für die Gleichstellung von Frauen und Männern will die Kommission dabei die „Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Aspekten bei allen sportbezogenen Aktivitäten“ fördern.

Die im Weißbuch genannten Maßnahmen fasst die Kommission in dem nach Pierre de Coubertin benannten Aktionsplan zusammen. De Coubertin, französischer Historiker und Philosoph, war Begründer der Olympischen Spiele der Neuzeit. Der Aktionsplan wird das Vorgehen der Kommission im Sportbereich in den kommenden Jahren bestimmen. (tc)

→ http://ec.europa.eu/sport/whitepaper/wp_on_sport/index_en.htm



Pierre de Coubertin, französischer Historiker, Philosoph und Begründer der Olympischen Spiele der Neuzeit.

Nach ihm hat die EU-Kommission den Aktionsplan, das Begleitdokument zum Weißbuch Sport, benannt.

WETTBEWERB

EUROPÄISCHES SPRACHENSIEGEL

„Interkultureller Dialog beim Sprachenlernen“, so lautet das diesjährige nationale Thema für den Wettbewerb um das „Europäische Sprachensiegel“. Das Europäische Sprachensiegel ist eine Auszeichnung für herausragende und besonders innovative Projekte und Initiativen zum Lehren und Lernen von Sprachen. Die EU-Kommission vergibt dieses Gütesiegel jährlich im Rahmen eines Wettbewerbs, der in 31 europäischen Staaten stattfindet.



Zur Teilnahme sind alle Projekte und Initiativen aufgerufen, die das Sprachenlernen mit der Achtung anderer Kulturen und dem Schaffen gegenseitigen Verständnisses verknüpfen. Dabei werden vor allem Beispiele gesucht, in denen der Dialog zwischen Individuen – vom Small-talk bis zur Fachdiskussion – im Mittelpunkt steht.

Frist: 9. Mai 2008

Weitere Informationen

→ www.na-bibb.de:80/wettbewerb_2008_807.html

NEUERSCHEINUNG

GLOBALISIERUNG UND UMWELTPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN

Die Publikation „Globalisation and Environmental Challenges“ befasst sich mit den vielfältigen Herausforderungen, mit denen die Sicherheitspolitik heutzutage konfrontiert ist. Die Globalisierung und der Raubbau an der Umwelt stellen die Welt vor neue Sicherheitsprobleme. In diesem umfassenden Werk bewerten 92 Autoren von fünf Kontinenten aus verschiedenen Disziplinen die Bedeutung von Sicherheit seit dem Ende des Kalten Kriegs. Außerdem geht die Veröffentlichung auf die Weiterentwicklung des Sicherheitsbegriffs von internationalen Organisationen wie der UN, der EU und der NATO ein und liefert Schlussfolgerungen für zukünftige Programme. Das Vorwort stammt von Stavros Dimas, EU-Umweltkommissar.

Weitere Informationen

→ www.springer.com/law/environmental/book/978-3-540-75976-8?0=>null

Alle Angaben ohne Gewähr

AUSSCHREIBUNGEN

BERUFSBILDUNG

Cedefop (Europäisches Zentrum für Entwicklung und berufliche Bildung) sucht Bewerber aus allen EU-Ländern sowie Island und Norwegen, die im Bereich der beruflichen Bildung tätig sind. Diese Bewerber sollen ein Konsortium bilden, das Cedefop berät.

Frist: 21. April 2008

Weitere Informationen

→ www.cedefop.europa.eu/index.asp?section=3

TEMPUS IV – REFORM DES HOCHSCHULWESENS

Die EU fördert die Reform des Hochschulwesens durch internationale Zusammenarbeit der Hochschulen. Im Rahmen des Programms Tempus IV können sich einzelne Hochschulen sowie Forschungsverbände, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen um Zuschüsse für Projekte bewerben. Zwei Kategorien werden unterstützt:

Gemeinsame Projekte: Modernisierungsprojekte auf Ebene der **Hochschulen**, beispielsweise Wissenstransfer zwischen Einrichtungen aus der EU und ihren Partnerländern

Strukturmaßnahmen: Diese sollen zur Weiterentwicklung und Reform der **Hochschulsysteme** in den Partnerländern beitragen. Insgesamt stehen für dieses Programm 50,55 Millionen Euro zur Verfügung.

Frist: 28. April 2008

Weitere Informationen

→ <http://ec.europa.eu/tempus>

EUROPÄISCHES FORUM ALPBACH

WAHRNEHMUNG UND ENTSCHEIDUNG

„Wahrnehmung und Entscheidung“ lautet das Thema des 64. Europäischen Forums Alpbach. Vom 14. bis 30. August 2008 soll der Frage nachgegangen werden, wie Wahrnehmung und Interpretation zu Diagnosen und schließlich zu Prognosen führen, die unsere Entscheidungen beeinflussen. In der Tradition des Europäischen Forums Alpbach wird das Thema in einer Vielfalt wissenschaftlicher Disziplinen, unter Berücksichtigung unterschiedlicher Ansätze und Standpunkte, diskutiert. Um auch jungen Menschen eine Teilnahme zu ermöglichen, stellt die gemeinnützige Privatstiftung des Europäischen Forums Alpbach mit Unterstützung zahlreicher Sponsoren Stipendien für Studierende und junge Hochschulabsolventen zur Verfügung.

Weitere Informationen

→ www.alpbach.org

EU-KOMMISSION UNTERWEGS

6.-17.3.2008

EU-Kommissarin **Neelie Kroes** in **Straßburg**,
EU-Kommissare **Joaquín Almunia** in **Frankfurt**,
Joe Borg in **Paris** sowie **Ján Figel'** in
Bukarest.

TERMINVORSCHAU BIS 19.3.2008

Wann	Was	Wo	Weitere Infos
10.-15.3.2008	Veranstaltungen im Rahmen des „Europäischen Verbrauchertages“, u.a. Verbraucherberatung, individuelle Gespräche und Informationsstand Veranstalter: EU-Kommission Berlin, Europäisches Verbraucherzentrum Kiel	Am Rathaus Neukölln und Service-Punkt Europa im Europäischen Haus in Berlin	http://ec.europa.eu/deutschland/european_agenda/index_de.htm
12.3.2008 11.00-12.30 Uhr	Analyse „EU-Vorausschau Strategieplanung 2009“, u.a. mit Dr. Gerhard Sabathil (EU-Kommission Berlin) Veranstalter: Netzwerk Europäische Bewegung, EU-Kommission	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	Anmeldung an netzwerk@europaeischebewegung.de
13.3.2008 18.30 Uhr	Informationsveranstaltung „Letzte Ausfahrt Klimaschutz – Europäische Verkehrspolitik Baden-Württemberg“, u.a. mit Michael Cramer (MdEP) Veranstalter: Heide Rühle (MdEP) Bündnis 90/Die Grünen	Plenarsaal Landtag Baden-Württemberg Konrad-Adenauerstraße 12 70173 Stuttgart	www.heide-ruehle.de
13.3.2008 10.00 Uhr	Tagung „Die Europäische Union zwischen den Beitritten“ Veranstalter: Friedrich-Naumann Stiftung u.a.	Meliä Hotel, Friedrichstr. 103, 10117 Berlin	www.dgo-online.org
14.3.2008 18.00 Uhr	Vortrags- und Diskussionsveranstaltung „4 Jahre EU-Osterweiterung – Erfahrungen mit den baltischen Staaten in der EU“, mit Michael Gahler (MdEP) Veranstalter: Regierungspräsidium Darmstadt u.a.	Regierungspräsidium Darmstadt, Sitzungssaal Süd Luisenplatz 2 64283 Darmstadt	http://www.rp-darmstadt.hessen.de
14.-15.3.2008	Tagung „Ein Europäisches Sozialmodell? – Entwicklungen, Perspektiven und Herausforderungen“, u.a. mit Frank Bsirske (Ver.di) Veranstalter: Hans-Böckler Stiftung	Hans-Böckler-Stiftung Hans-Böckler-Straße 39 40476 Düsseldorf	www.boeckler.de
17.3.2008 8.00-10.00 Uhr	EU-De-Briefing „Europäischer Rat – Frühjahrsgipfel“, u.a. mit Dr. Gerhard Sabathil (EU-Kommission) Veranstalter: Netzwerk Europäisches Bewegung	Hertie School of Governance Schlossplatz 1 10178 Berlin	Anmeldung an netzwerk@europaeischebewegung.de
18.3.2008 18.00 Uhr	Vortragsveranstaltung „EU-Reformvertrag – was ändert sich?“, u.a. mit Prof. Dr. Timm Beichelt (Europa Universität Viadrina) Veranstalter: Brandenburgische Landeszentrale für Politische Bildung	Brandenburgische Landeszentrale für Politische Bildung Heinrich-Mann-Allee 107 14473 Potsdam	www.politische-bildung-brandenburg.de
17.-19.3.2008	„3. Internationale Jahresfachkonferenz EU-Fonds 2008: EFRE – ESF – ELER – EFF: Effiziente Bewilligung und Verwaltung der EU-Fonds – Erste Erfahrungen in der Förderperiode 2007-2013“, u.a. mit Dr. Gerhard Sabathil (EU-Kommission Berlin) Veranstalter: Europäische Akademie für Steuern, Wirtschaft und Recht	Maritim Hotel Berlin Stauffenbergstr. 26 10785 Berlin	www.europaeische-akademie.net

Alle Angaben ohne Gewähr

IMPRESSUM

Herausgeber:
Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland, Dr. Gerhard Sabathil (V.i.S.d.P.)
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de
Vertretung in Bonn:
Berthavon-Suttner-Platz 24 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09 0 • Fax: 0228-530 09 50
Vertretung in München:
Erhardstr. 27 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48 0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:
Volker Thomas (vth), Uwe Roth (ur), Tarek Chafik (tch), Michael Bechtel (mb), Annette Conrad, Isabel Meyke • Thomas und Roth (Gbr) Presse & PR
Bülowstr. 90 • 10783 Berlin • Tel: 030-21 99 66 16 • Fax: 030-21 99 61 42 info@thomasppr.de • www.thomasppr.de
Herstellung: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Haftungsausschluss: Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt.
Die namentlich gekennzeichneten Beiträge der EU-Nachrichten geben die subjektive Sicht der Verfasser wieder.
Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.
© Europäische Kommission, 2008